

Panzerkreuzer B abgelehnt.

Vom Hauptauschuss. — Mit 19 gegen 13 Stimmen bei drei Enthaltungen.

— Berlin, den 9. Mai.

Der Hauptauschuss des Reichstags wandte sich nach der Beratung des Reichshaushalts dem Reichstag für 1930 zu. Die vom Reichrat in den Haushaltsplan eingefügte erste Bauquote für den zweiten Panzerkreuzer wurde mit 19 gegen 13 Stimmen bei drei Enthaltungen wieder gestrichen.

Gegen die Bauquote stimmten zwei Zentrumsabgeordnete, die Demokraten, die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Stimmenthaltung übten die Bayerische Volkspartei und ein Zentrumsabgeordneter. Für den Panzerkreuzer stimmten alle übrigen Fraktionen sowie ein Zentrumsabgeordneter.

Die übrigen Positionen des Marineetat wurden vom Hauptauschuss nach kurzer Aussprache genehmigt. Der Marineetat ist damit vom Haushaltsauschuss bewilligt.

Im Mittelpunkt der der Abstimmung vorausgegangenen Debatte stand hauptsächlich die Frage des Neubaus des zweiten Panzerkreuzers. Die Sprecher der Sozialdemokraten und der Kommunisten setzten sich dabei für die Streichung der Bauquote ein. Der Demokrat Prof. Bernhard erklärte, die Rechte, die aus der Versailleser Vertrag lasse, seien nicht immer nützlich für uns. Für den Bau des Kreuzers sprachen Graf Westarp, von Vindeiner-Wildau und der Wirtschaftsparteiler Francois. Der Volksparteiler Brünninghaus regte an, die Abstimmung bis zur Einbringung des verlangten Neubauprogramms auszuschieben.

Eine Erklärung des Reichswehrministers.

Reichswehrminister Groener gab im Verlaufe der Aussprache eine Erklärung ab, in der es hieß:

Die Mitglieder des Reichstags wissen, daß ich durchaus kein kritischer Flottenschwärmer bin. Sie wissen aber auch, daß ich den Erfolg unseres gänzlich verarbeiteten Schiffsmaterials für unbedingt notwendig erachte.

Diesem Standpunkt habe ich auch im vorigen Kabinett vertreten und auf Einsetzung einer ersten Rate für das Panzerschiff B in Betracht der besonders angespannten Haushaltslage erst verzichtet, nachdem vom Reichskabinett einstimmig, also auch unter Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister, in einer besonderen Entschließung festgelegt wurde, daß mit dem Haushalt 1931 ein Schiffbauersparplan, der auch den Ertrag der Linienfahrzeuge enthalten sollte, vorgelegt würde.

Bei dieser Einstellung war es selbstverständlich, daß ich dem Antrage Ostpreußens im Reichstag, der eine kleine erste Rate für das Panzerschiff B vorstelt, ohne dabei die Summe des Marinehaushalts zu erhöhen, sympathisch gegenüberstand. Das Reichskabinett wollte allerdings in dieser Frage keine Initiative ergreifen. Es hatte aber auch keinen Anlaß, dem Reichstag eine Doppelvorlage zu machen, da ja eine Mehrausgabe durch den Reichstagsbeschluss nicht eintrat und weil die Reichsregierung in Übereinstimmung mit dem vorigen Reichskabinett grundsätzlich der Meinung ist, daß im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten für die Erneuerung unserer Flotte gesorgt werden muß.

Nur um den Zeitpunkt des Baubeginns handelt es sich also, und die Entscheidung hierüber bittet die Reichsregierung den Reichstag selbst zu treffen. Ich nehme an, daß der Reichstag einer so zusammengefaßten Entschließung auf Vorlegung eines langfristigen Planes für Ersatzbauten zustimmt. Die Reichsregierung wird ihrerseits den Beschluss der früheren Reichsregierung in dieser Frage aufrechterhalten.

In einer zweiten Erklärung wandte sich Minister Groener gegen die Ratschläge, auf die psychologische Wirkung deutscher Beschlüsse im Ausland Rücksicht zu nehmen. Das deutsche Volk, so erklärte er, müsse nach eigenem Ermessen handeln. Als letzter nahm in der Debatte Admiral Raeder das Wort. Er betonte, 75 Proz. der Kosten der Bewaffnung der Kriegsschiffe entfielen auf die Löhne qualifizierter Arbeiter.

Interessant war noch eine Mitteilung des Reichsrichters, nach der ein überraschend großer Anstieg zur Marine herrscht. 1929 konnten z. B. von 25 000 Einstellungsgeforderten nur 5 Prozent berufen werden.

Indien ruft zum Boykott auf.

Die Folge: Stilllegungen und Massenentlassungen in der Baumwollindustrie. — Patel übernimmt die Führung.

— London, 9. Mai.

Die Anhänger Gandhis ändern ihre Methode in der Stilllegung Englands. Statt der Ubertretung des Salzgesetzes tritt jetzt der Boykott britischer Waren in den Vordergrund. Die Führung im Kampf übernahm der Präsident des indischen Nationalkongresses, Patel, der früher einer sehr gemäßigten Richtung angehörte und sich erst in den letzten Tagen Gandhi angeschlossen hat. Hauptgefahrzentrum ist Bombay.

Bei der Ankunft Patels in Bombay bereiteten die Anhänger des früheren Präsidenten des Nationalkongresses begeisterte Guldigungen. Tausende begleiteten Patels Wagen und warfen ihm Blumen und kleinere Geschenke zu.

Ueber seine Absichten befragt, erklärte Patel, die britische Verwaltung dürfe nirgends in Ruhe gelassen werden. Solange das indische Volk sich nicht dazu entschließt, England überall und entschieden zu bekämpfen, solange verschwende es unnütz seine Zeit. Wirksame Kampfmittel seien die Nichtzahlung der Landabgabe und der allgemeine Verzicht auf den Kauf englischer Waren. Patel schloß seine Ausführungen mit dem Satz, Indien wünsche nicht den Frieden, sondern es wolle seine Freiheit erkämpfen.

Die Verstärkung des wirtschaftlichen Boykotts in Indien hat in der Baumwollindustrie von Lanca-

shire große Beunruhigung hervorgerufen. Bereits in den letzten Wochen war ein starker Rückgang des indischen Geschäfts zu verzeichnen. Dieser Rückgang hat sich nun so vergrößert, daß in den letzten Tagen eine große Anzahl von Spinnereien auf unbestimmte Zeit schließen mußte. Tausende von Arbeitern sind entweder bereits entlassen oder gekündigt worden.

Auch die japanische Textilindustrie zeigt sich nach Berichten aus Osaka über die indische Boykottbewegung beunruhigt. Die Seidenfirmen in Yokohama haben Streichungen von ziemlich umfangreichen Aufträgen zu verzeichnen.

Tumulte in Chorapur.

25 Tote!

In Chorapur, in der Präsidentschaft Bombay, ist es zu einem außerordentlich heftigen Tumult gekommen. 25 Personen wurden getötet, gegen 100 verletzt. Sechs Polizeireviere, das Gerichtsgebäude und sämtliche Läden, in denen alkoholartige Getränke feilgeboten wurden, wurden in Brand gesetzt. Die Engländer entsandten starke Militärabteilungen.

Militärputsch in Spanien.

Im Keime erstickt. — Zwei Generale verhaftet.

— Madrid, 9. Mai.

In Spanien drohte ein neuer Militärputsch, der aber im letzten Augenblick im Keime erstickt wurde. Führer der neuen Verschwörung sind der frühere Innenminister des Diktators Primo de Rivera, General Martinez Anido, der seinerzeit bereits mehrfach als Nachfolger Primos in der Diktatur genannt wurde, und die Generale Barrera und Saro, von denen der erstere in der Diktaturzeit kommandierender General von Katalonien war. Der Putsch sollte in der Nacht zum Donnerstag losgehen. Die Generale rechneten dafür mit der Unterstützung von zunächst drei Regimenten in Madrid und mit einem Teil der Garnison von Barcelona. Außerdem glaubten die Generale, der kaiserlichen Billigung des Königs sicher zu sein.

Gestört ist der Putsch offenbar daran, daß die Regierung, als sie von den Vorgängen Kenntnis erhielt, sofort schärfste Maßnahmen zur gewaltsamen Niederdrückung der Revolte einleitete. Ebenso bestanden die Führer der Republikaner, die in nächster Stunde eine Konferenz abhielten, ihre Bereitschaft zum Kampf. Angesichts der drohenden blutigen Kämpfe scheinen dann die Führer der Putschisten mit dem Losschlagen gezögert zu haben.

Die Generale Anido und Barrera wurden auf Anweisung der Regierung verhaftet.

Schubert fährt nicht nach Genf.

Abreisungskommission auf den 3. November einberufen.

— Berlin, 9. Mai.

Die deutsche Abordnung für die am Montag beginnende Ratstagung wird am heutigen Freitag nach Genf abfahren. Reichsaußenminister Dr. Curtius, der Führer der Abordnung, folgt am Sonnabend nach. Staatssekretär Dr. von Schubert nimmt nunmehr nicht an der Ratstagung teil. Mitglieder der deutschen Abordnung sind Ministerialdirektor Dr. Gaus, Gesandter von Freytag, die Geheimräte Weizsäcker, Frowein, von Kaufmann und Regierungsrat Stephan.

Die nächste Tagung des Vorbereitenden Abreisungskomitees ist jetzt plötzlich auf den 3. November einberufen worden. In Deutschland hat man dieses Vorgehen London mit größtem Verdruss aufgenommen, ist doch angesichts dieses späten Termins der Zusammentritt der Weltabreisungskonferenz Ende 1931 ernstlich in Frage gestellt.

Anträge im Landtag

Dresden, 9. Mai. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, im Sinne ihres früheren Antrages für eine Umwandlung der Schmalpurbahn des Kirchberger Bezirkes in eine Normalspurbahn bei den maßgebenden Behörden einzutreten. — In einem Antrag der gleichen Fraktion wird die Regierung ersucht, angesichts der sich immer mehr in Sachen ausbreitenden Erwerbslosigkeit beim Reich vorfellig zu werden, gleichzeitig durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm einzugreifen und den Gemeinden und Bezirksverbänden für ihre sozialen Verpflichtungen ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ein demokratischer Antrag ersucht die Regierung, den Wütten der bei den Leipziger Osterorgängen gefallenen Polizeibeamten über die gesetzliche Vorschriften hinausgehende dauernde Beihilfen zu gewähren.

Die Nationalsozialisten haben im Landtage folgenden Antrag eingebracht: Es ist beabsichtigt, den zweiten Ausbau der Lehmhülfentalsperre auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Hierdurch würden dem Staate insofern Verluste erwachsen, als die Baufirma für die vereinbarte Fertigstellung Schadenersatz verlangen würde. Weiter möchte die Firma ihre großangelegte Baustelle abbrechen, wofür der Staat wiederum einspringen müßte. Da bereits durch die produktive Erwerbslosenfürsorge 1,3 Millionen Mark für den Weiterbau bereitgestellt sind, würde nur noch eine Summe auszuwerfen sein, die mit den obengenannten Verlusten in keinem Einklang steht. Mit Rücksicht auf das ungeheure Erwerbslosenheer wäre die Fertigstellung besonders zu begrüßen, da durch diese Maßnahme wenigstens ein kleiner Teil der Erwerbslosen Beschäftigung finden würde. Wir beantragen daher: Der Landtag wolle beschließen, die Sperrmauer Lehmhülfen sofort fertigzustellen und zwar einschließlich des oben genannten zweiten Ausbaues.

Stimmen vom Himmel.

Der „goldene Vogel“ der Indianer.

Im Innern Brasiliens leben noch zahlreiche Indianer, die vor den Weißen große Furcht haben. Um diese Menschen allmählich für die Zivilisation zu ge-

winnen, hat die brasilianische Regierung in den einsamen Urwäldern Regierungsposten errichtet, sogenannte Indianer-Stationen, deren Beamten es obliegt, die Indianer nach und nach an den Verkehr mit dem weißen Mann zu gewöhnen. Zu diesem Zweck läßt man an Stelle des Menschen den Lautsprecher zu den Wilden reden.

Nun bricht eine Stimme vom Himmel herab zu den Indianern, ihnen in ihrer eigenen Sprache das Lob des weißen Mannes verkündend. Oder es klingen von einem Baum die Töne einer Geige in die Nacht. Wenn dann die Indianer, die die Geigentöne für die Stimme eines Vogels halten, um den Baum versammelt sind, hört die Musik auf einmal auf, und sie hören eine menschliche Stimme, die ihnen allerhand Gutes verspricht, das ihnen von den Weißen zuteil werden wird. Daraufhin ergreifen die Wilden meist die Flucht; allein die Neugierde treibt sie doch zu den Stellen, an denen die Weißen tatsächlich die im Lautsprecher versprochenen Dinge an Bäume hängen. Durch Zeichen in ihrer Sprache erfahren sie dort auch, daß sie auf der Regierungsstation noch mehr Geschenke erhalten würden.

Es gehört viel Geduld und Mut dazu, die Indianer auf diese Weise anzulocken, oft dauert es Monate, ehe sich einer der Krieger wirklich zu den Weißen wagt. Aber die Methode hat, wie der Reisende Dombville-Fise selbst beobachtet, viel Erfolg gebracht und dazu verholfen, daß verschiedene vorher scheinbar Stämme mit den Weißen freundschaftlich verkehren.

Rudud oder Gaud.

In der altnordischen Mythologie war der Rudud dem Gotte Thor geweiht, aber der „gauk“, wie ihn die alten Germanen nannten, besaß keinen guten Ruf; er galt als Schalk und als Sinnbild ehelicher Untreue, und wollte man einen schlimmen leichtsinnigen Menschen kennzeichnen, so nannte man ihn einen „Gaud“.

Sein alter Name „Gaud“ — der aus dem „gaukr“ entstanden war — hat jedoch schon im frühen Mittelalter dem seinen Ruf nachahmenden Wort Rudud weichen müssen. Zuerst nannte man ihn am Mittelrhein „cuccuc“, ein Wort, das noch der althochdeutschen Sprache angehört, und vom 15. Jahrhundert ab bürgerte sich der Name Rudud im deutschen Sprachgebrauch schon fast allgemein ein. Der Sprachmeister Jakob Grimm nannte das Wort Rudud freilich ein „Kinderwort“, es sei etwa so, als ob man die Ente „Quackquack“ und die Kuh „Muh“ heißen wolle, und hielt das alte Wort Gaud für den einzig richtigen Namen des Rududs. Allein auch die meisten anderen Sprachen bezeichnen den Rudud nur nach seinem charakteristischen Ruf, wenn auch mit kleinen Unterschieden, die oft den Ruf nicht gut wiedergeben. So z. B. das Sanskritwort „tukla“, das polnische „tulac“, das spanische „cuchillo“, das schwedische „tufelku“, das estnische „tufma“ oder das rumänische nur einfüßige „cuc“.

Unser deutsches Wort Rudud sowie auch das portugiesische „cucuco“, das serbische „tukova“ und das niederländische „koto“ geben den Ruf übrigens insofern ganz falsch wieder, als der Vogel selbst die Betonung seines Rufes nie auf die zweite Silbe legt, eine Eigenart, die dagegen der französische, englische und italienische Name des Rududs gut kennzeichnen.

Streng genommen bringt auch das alte hübsche Kinderlied: „Rudud, Rudud ruft's aus dem Wald!“ den wirklichen Rududruf in einer ganz unrichtigen Betonung, außerdem aber auch in einem falschen Takt, denn der Rudud ruft niemals im Dreivierteltakt, sondern immer im Vierteltakt.

Kein Mangel an Ärzten.

Ein überfüllter Beruf.

Die Vertreter aller Hochschulfakultäten bemühen sich, der Jugend klarzumachen, daß das Studium gerade des betreffenden Wissenszweiges in Deutschland wenig Aussicht bietet. Daß gerade für Ärzte in Deutschland keine allzu rosigten Ausichten bestehen, ergibt sich bei der Zählung der im Reichsmedizinischen Kalender verzeichneten Ärzte.

In Deutschland gab es Anfangs 1929 49 153 Ärzte und Ärztinnen, 2,5 Proz. mehr als im Vorjahr. In den großen Städten entfiel ein Arzt auf 804, auf dem Land auf 1769 Menschen. 35 673 waren freiberuflich, 2353 als leitende Anstalts- und 6528 als Assistenzärzte tätig. Fast die Hälfte der 1656 freiberuflichen Ärzten widmeten sich der Kinderheilkunde. Es gab 13 030 Fachärzte, am meisten Internisten (12,2 Prozent) in absteigender Reihe Frauen-, Nerven-, Nasen- und Ohrenärzte, Chirurgen und am wenigsten Urologen. 1217 Ärzte besaßen eigene Kliniken und Sanatorien, 2907 waren Beamte, 1992 übten keine Tätigkeit aus.

Interessant ist ein Vergleich mit Bulgarien, das an einer ähnlichen Ueberproduktion an Akademikern leidet. Dort gab es 1927 1689 Ärzte, darunter 5,5 Prozent Ausländer und 13 Prozent weibliche Ärzte. Fast 90 Prozent der Ärzte waren in Städten ansässig, in Sofia allein 472. Dort kam einer auf 450 Einwohner gegen 3244 im Landesdurchschnitt. Nur 40 Prozent der Ärzte besaßen eine Privatpraxis, 60 Prozent sind angestellt. Die deutschen Universitäten, an denen viele von ihnen studiert hatten, waren Wien, Graz und Berlin.

Fliegende Frösche und Drachen.

Neue Untersuchungen über ihre Flugapparate und Flugleistungen.

Auf Borneo ist ein Laubfrosch (Rhopophorus pardalis) entdeckt, der in seinen riesigen Schwimmhäuten so gute Flugorgane besitzt, daß er, wenn er sie als Fallschirm benutzte, wobei die untere Seite des beim Fluge ausgeblähten Körpers gleichfalls mitwirkt, über ein ganz ansehnliches Flugvermögen verfügt.

Die Flügel der Flugfrösche sind allerdings nur als „erweiterte Sprünge“ zu betrachten, bei denen, nach den jüngsten Untersuchungen Martinellis, als Flug-